

## PRESSEERKLÄRUNG

Nr.: 42  
Thema: Spielhallen

Redaktion: Gina Schmelter  
Datum: 24. Januar 2011

### **BUNG: ÜBERFLÜSSIGE INITIATIVEN ZU SPIELHALLEN - ROT-ROT WILL LÖSUNG DES PROBLEMS WEITER VERSCHLEPPEN**

Die Stadtentwicklungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, **Stefanie BUNG**, erklärt anlässlich der heutigen Anhörung zu den Spielhallen im Wirtschaftsausschuss:

"Nachdem SPD und Linke im Rechtsausschuss mit vorgeschobenen Argumenten unseren Gesetzentwurf zur Begrenzung der Spielhallen abgelehnt haben, legen sie jetzt gleich drei Anträge zur gleichen Problematik vor. Diese Anträge dienen der Koalition jedoch nur dazu, Aktivität vorzutäuschen. Sie sind so formuliert, dass sie keinerlei Wirkung entfalten können.

So läuft beispielsweise die Bundesratsinitiative ins Leere, weil die Gesetzgebungskompetenz für Beschränkungen von Spielhallen seit 2006 bei den Ländern liegt. Der Berliner Senat kann das Spielhallenproblem nicht mehr wegdelegieren. Im Gegenteil: Er hätte längst selbst handeln müssen.

Auch die Forderung nach einem Senatsentwurf für ein Spielhallengesetz ist überflüssig, weil ein konkreter Gesetzentwurf der CDU-Fraktion seit vier Monaten vorliegt und sofort beschlossen werden kann. Die polemische Kritik daran ist offensichtlich inhaltlich nicht belastbar, weil weder SPD noch Linke hierzu Änderungsanträge eingebracht haben.

Anstatt den vorliegenden Gesetzentwurf der CDU-Fraktion mit konstruktiven Änderungsanträgen zu unterstützen, wollen SPD und Linke lediglich Berichte des untätigen Senats haben.

Dies macht deutlich, dass SPD und Linke die Öffentlichkeit für dumm verkaufen möchten.

Wer die Beschränkung von Spielhallen wirklich will, muss jetzt handeln. Wir fordern deshalb SPD und Linke eindringlich auf, die sinnlose Bekämpfung unseres Gesetzentwurfes zu stoppen und stattdessen unserer Initiative heute im Wirtschaftsausschuss zuzustimmen.

Diese unsägliche Taktiererei der Koalition ist unverantwortlich - und auch unglaubwürdig; denn es findet gleichzeitig im Auftrag der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz das Forum Drogenpolitik zum Thema 'Gewerbliches Automatenenspiel' am 11. Februar 2011 statt."